

Bericht von der 86. Sitzung des Arbeitskreises Tagebau Jänschwalde des Braunkohlenausschusses am 26. April 2012

Da das offizielle Protokoll durch den Landkreis erfahrungsgemäß erst in einigen Wochen vorliegt, sollen hier wesentliche Ereignisse aus Sicht der GRÜNEN LIGA wiedergegeben werden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei nicht. Die Darstellung ist inhaltlich und nicht chronologisch geordnet.

- Energiestrategie 2030 und Bericht zur Sondersitzung des Braunkohlenausschusses dazu
- Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung - Ergebnis des Scoping-Prozesses
- Stand Herstellung des Klinger Sees
- Aschedepot Jänschwalde II – Ortsbeirat Gosda kontra Bergbehörde
- Aussagen der Bergbehörde zur Rutschung im Tagebau Jänschwalde
- Deulowitz: Ortsteil lehnt Tagebau Jänschwalde-Nord ab
- Grabko: Gespräche mit Vattenfall stocken
- Wasserstau in Briesnig – Bürger haben die Tagebau-Dichtwand im Verdacht
- Stand Regionales Entwicklungskonzept
- Sonstiges: Bergschäden, Brauchwasser, Termine

Energiestrategie 2030 und Bericht zur Sondersitzung des Braunkohlenausschusses dazu

Herr Sell (GL) zeigte einige Folien, die das Wirtschaftsministerium im Februar im Braunkohlenausschuss gezeigt hatte, um die Energiestrategie 2030 der Landesregierung vorzustellen. Die Landesregierung bekennt sich darin zur Fortführung des Braunkohlenplanverfahrens, weil ein Neubaukraftwerk möglicherweise gebraucht werde. (nähere Wiedergabe nicht nötig, Strategie ist veröffentlicht)

Herr Stahlberg (Gem. Schenkendöbern) weist darauf hin, dass die betroffene Gemeinde nicht eingeladen war, als der Braunkohlenausschuss seine Stellungnahme zur Energiestrategie diskutierte und abstimmte. Das Abstimmungsergebnis von 12 zu 8 zeigt, dass eine Reihe Ausschussmitglieder die Kritik der Gemeinde teilten.

Herr Schuster (GRÜNE LIGA) kritisiert die verspätete Veröffentlichung wesentlicher Gutachten (z.B. Prognos) was die erfolgte Öffentlichkeitsbeteiligung in Frage stellt. Die allen Gutachtern von der Regierung vorgegebenen Szenarien seien tendenziös definiert und fachlich nicht begründbar. Die Kritikpunkte sind in einer vierzigseitigen Stellungnahme des Umweltverbandes zusammengestellt. Man sei mit der Kritik nicht alleine, so formuliert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung:

„Braunkohleverstromung wird zu Recht in der Energiestrategie 2030 als Auslaufmodell bezeichnet; das Scheitern der CO₂-Abscheidetechnologie beschleunigt dieses Auslaufen zusätzlich. Angesichts dieser Entwicklung erübrigt sich auch der Aufschluss der Tagebauten Jänschwalde-Nord und des zweiten Teilabschnitts in Welzow-Süd.“

Den Artikel aus dem Wochenbericht des DIW stellt er als Anlage zum Protokoll zur Verfügung. Völlig unklar sei, wer die Rohrleitungen bezahle, mit denen das CO₂ ins Ausland geschafft werden müsste.

Vattenfall-Chef Hatakka habe auf diese Frage am 29. Februar in Cottbus eher ausweichend reagiert. Ein Rechtsgutachten von GRÜNE LIGA und Deutscher Umwelthilfe (DUH) belegt, dass das Land das Planverfahren jederzeit einstellen kann. Herr Schuster bat den Arbeitskreisvorsitzenden zudem um eine Begründung für dessen Abstimmungsverhalten im Braunkohlenausschuss. Herr Schneider antwortete darauf nicht.

Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung - Ergebnis des Scoping-Prozesses

Herr Becker (GL) berichtet, man habe die Auswertung des Scopings 31. Mai 2011 nun abgeschlossen und den Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung in einem Feststellungsvermerk festgelegt. Er habe diesen vor der Sitzung versenden wollen, es gab aber „leider technische Schwierigkeiten“. Dem Vermerk wird eine Übersicht zum Umgang mit allen eingegangenen Anregungen beigelegt. Herr Becker stellte einige Entscheidungen aus dem Vermerk mündlich vor. (hier nicht beschrieben, da der

komplette Vermerk in Kürze zugänglich sein soll.)

Herr Stahlberg (Gemeinde Schenkendöbern) findet es bedauerlich, dass nicht vorgesehen ist, psychische und soziale Folgen des Bergbaus zu untersuchen. Es gebe inzwischen Suizidfälle in den von der Planung betroffenen Gebieten, so dass eine Untersuchung möglicher Zusammenhänge sinnvoll sei. Er fragte zudem, ob die Landesplanungsbehörde Probleme darin sehe, wenn die Gemeinde den Vermerk ihren Bürgern zur Verfügung stellt.

Herr Sell (GL): Den Vermerk solle man „normalerweise nicht veröffentlichen“, die Diskussion mit den Bürgern sei aber kein Problem, es sei kein Geheimpapier. Auf die Frage nach dem weiteren Ablauf des Braunkohlenplanverfahrens sagte er „Zum Zeitplan möchte ich mich jetzt nicht äußern.“ (Anmerkung: Der letzte genannte Termin für einen Kabinettsbeschluss war das I.Quartal 2015, Braunkohlenplanung in Brandenburg ging noch nie schneller als angekündigt, i.d.R. dauerten die Verfahren deutlich länger) Bis in 14 Tagen werden die Mitglieder gebeten, Themen zum Untersuchungsrahmen zu benennen, die bei der nächsten Sitzung am 21. Juni besprochen werden sollen. (Anmerkung: Diese Bitte ist nicht nachvollziehbar. Wäre es gelungen, den Vermerk im Vorfeld der 86. Sitzung zu verteilen, hätte sich die GL auch jeder Frage stellen müssen. Wurden die technischen Probleme vorgeschoben? Dass eine Landesbehörde nicht in der Lage wäre, E-mails zu verschicken, ist nur mäßig glaubwürdig)

Stand Herstellung des Klinger Sees

Herr Neumann (LBGR) erwartet den Planfeststellungsbeschluss Ende des III.Quartals 2012.

Herr Stodian fragt, ob die erneuten Eingriffe in sanierte Kippenbereiche das Verfahren verzögern. Das ist nach Auskunft von Herrn Neumann nicht der Fall, da diese Eingriffe zur Anpassung der Geländehöhen nicht in die Uferbereiche hineinreichen. (Flächen die seit 1995 aufgeforstet wurden, werden derzeit wieder abgeholzt, um die Geländehöhen nachträglich zu verändern.)

Aschedepot Jänschwalde II – Ortsbeirat Gosda kontra Bergbehörde

Herr Münch (LBGR): Der Planfeststellungsbeschluss wurde ausgereicht und bestandskräftig, da keine Klagen dagegen anhängig sind. Der Betrieb sei „bis zum heutigen Tage bestimmungsgemäß.“

Herr Stodian (Vertreter Gosda) vertritt die gegenteilige Auffassung. Es gäbe einen längeren Schriftverkehr zwischen Ortsbeirat und LBGR. Mehrere Fragen aus der Stellungnahme des Ortsbeirates vom 5. März 2012 seien nicht beantwortet. Es gehe um die Standsicherheit der Aschekippe. In der Lausitzer Rundschau vom Januar 2012 wird Geotechniker Arnold von Vattenfall dahingehend zitiert, dass Anhöhen auf Bergbaukippen aus Sicherheitsgründen zu vermeiden wären. Die Aschedeponie sei eine solche Anhöhe, die 1 Kilometer vom entstehenden Bergbausee unverantwortlich sei. Zudem werde Filterasche aus der Müllverbrennung im Kraftwerk zum Teil verweht. Auch das sei nicht hinnehmbar. Herr Stodian fordert im Namen des Ortsbeirates dazu auf, die Verbringung der Asche einzustellen.

Herr Dr. Obst (LBGR) wies die Vorwürfe mit scharfen Worten zurück. Alle erforderlichen Gutachten zum Standsicherheitsnachweis lägen vor, Vattenfall hat ein Recht auf Genehmigung, wenn alle gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind. Die Anforderungen zur Standsicherheit seien bei der Deponie II gegenüber der Deponie 1 erhöht worden. Eine Verwehung von Asche habe es nicht gegeben, das von Gosdaer Bürgern gemachte Foto (vom 4. Januar 2012, siehe Kohle-Rundbrief vom 5. Januar) sei dafür kein Beleg.

Herr Stodian bleibt bei seiner Auffassung und legt Wert darauf, dass seine Aufforderung zur Einstellung des Betriebes im Protokoll festgehalten wird, damit sie im Fall von späteren Problemen aktenkundig ist.

Aussagen der Bergbehörde zur Rutschung im Tagebau Jänschwalde

Aus aktuellem Anlass war zu Beginn der Sitzung um Informationen zur Rutschung am 23. März im Tagebau Jänschwalde gebeten worden. (Rutschung in einer Breite von 450 Metern auf der Grubenebene des Tagebaues) Im Rahmen des Gesprächs über die Aschedeponie kam Herr Dr. Obst (LBGR) auf dieses Thema zu sprechen.

Das LBGR sei ab halb zwölf vor Ort gewesen. Ein Arbeitsstab von Vattenfall hatte bereits Maßnahmen eingeleitet. Der Tagebaubetrieb habe nicht gegen den geltenden Standsicherheitsnachweis verstoßen. „Es war ein Naturereignis, das wegen der Kleinteiligkeit nicht erkundet werden konnte.“ (d.h. nicht durch geologische Erkundung vorhergesehen werden konnte) Die Schicht, die das Rutschen des

Kippenmassives ermöglicht hat sei „etwa so dick wie ein Finger“, beim Ziehen eines Bohrkernes sei nicht erkennbar, ob eine solche Struktur eine bestimmte Richtung hat. Die Fluchtfahrt (bergbaulicher Fachbegriff) des betroffenen Kleinbaggers wurde eingeleitet, das linke Fahrwerk sei jedoch durch den Fortgang der Rutschung verschüttet worden. Die Rutschung kam nach etwa 1,5 Stunden zum Stehen. Beim Fahrer des Kleinbaggers wie bei den Raupenfahrern, die zum Einsatz kamen, wurde auf Freiwilligkeit gebaut. Die Förderbrücke sei etwa 1000 Meter entfernt und nicht gefährdet gewesen, sie habe die gesamte Zeit über weiter Abraum gefördert. Derzeit werde zugelassen, dass die Brücke wieder in den Bereich der Rutschung einfährt. Zur Stützung werde in diesem Bereich derzeit Kohle liegen gelassen. Der Standsicherheitsnachweis von 2003 werde noch einmal überprüft. Es handele sich um ein Betriebsereignis, kein Ereignis von öffentlichem Belang. Zu den Rutschungen in Sanierungstagebauen gäbe es keinen Zusammenhang.

Dr. Obst: „Da gibt es nichts zu verheimlichen, aber auch nichts zu dramatisieren. Bergbau ist und bleibt eine gefahren geneigte Tätigkeit.“

Deulowitz: Ortsteil lehnt Tagebau Jänschwalde-Nord ab

Herr Richter, Ortsvorsteher von Deulowitz knüpfte an die Diskussion zum Klinger See an. Dort sei nach seiner Kenntnis 1976 der erste Bagger aufgetaucht und ein Ende der Odyssee zum Klinger See sei 2012 noch nicht in Sicht. Dasselbe Schicksal drohe Deulowitz, wenn es zu einem Tagebau Jänschwalde-Nord komme. Man läge analog zu Grieben in der Abwindrichtung des Tagebaues. Der Tagebau stellt mit Lärm und Staubbelastung Lebensqualität und Gesundheit in Frage, er sehe dadurch zum Beispiel den Standort des Seniorenheimes in Deulowitz gefährdet. Auch der Deulowitzer See als wichtigstes Naherholungsgebiet Gubens ginge ersatzlos verloren. Letztlich würde auch der Wirtschaftsstandort Guben Schaden nehmen und die Abwanderung verstärkt werden. Nach den von Vattenfall vorgelegten Plänen würde der Tagebau Jänschwalde-Nord bis auf 300 Meter an den Ort Deulowitz heranreichen. Zudem müsste 50 Meter an der Ortslage vorbei die Eisenbahnlinie verlegt werden. Die Alternative dazu, eine Verlegung über die Kippe, sei für ihn schwer vorstellbar.

Grabko: Gespräche mit Vattenfall stocken

Herr Wirth, Ortsvorsteher von Grabko, verwies darauf, dass sich sein Ort im Entwässerungstrichter des genehmigten Tagebaues Jänschwalde befinde. Man habe sich daher dazu durchgerungen, sich mit Vattenfall zum Ausgleich der Beeinträchtigungen an einen Tisch zu setzen. Beim Pastlingsee hätten die bisherigen Maßnahmen nicht funktioniert, der Wasserstand sinke weiter. Zu den Grabkoer Seewiesen habe der Ort einen Vorschlag gemacht. Weil der Ortsbeirat in Gesprächen mit Vattenfall nicht weiter kam, habe man das Thema an die Gemeinde gegeben. Derzeit fehle ihm das positive Signal von Vattenfall, er frage sich, ob man vom Unternehmen hingehalten werde.

Herr Klocek (Vattenfall) kritisierte „immer neue Vorschläge“ zum Arbeitsplan 2012; „Das ist für uns jetzt keine Gesprächsgrundlage“

Herr Stahlberg (Gemeinde Schenkendöbern) respektiert verschiedene Standpunkte. Man habe aber den Vorschlag der Gemeinde Ende Januar an Vattenfall geschickt und weder einen Gesprächstermin noch einen Gegenvorschlag erhalten.

Wasserstau in Briesnig – Bürger haben die Tagebau-Dichtwand im Verdacht

(Zur Einführung: östlich des Tagebaues wurde eine unterirdische Dichtwand errichtet, westlich nicht. Daher steht in Briesnig - östlich der Dichtwand und nahe der Neiße – das Wasser hoch an, während Orte wie Heinersbrück und Jänschwalde westlich des Tagebaues der Grundwasserabsenkung ausgesetzt sind.)

Seit mehreren Jahren weist Frau Lerke (Vertreterin Briesnig) im Arbeitskreis auf stauendes Wasser und einen möglichen Zusammenhang zur Dichtwand hin. In der vergangenen Woche hat es nun eine Beratung gegeben, bei der sich auch Vattenfall zu einzelnen Maßnahmen bereit erklärte (besserer Abfluss über die Grubenwasserreinigungsanlage).

Laut Herrn Neumann (LBGR) ist der vorbergbauliche Grundwasserstand wieder erreicht. Es gäbe „verschiedene Zuständigkeiten, aber auch Bergbaueinfluss“. Das LBGR will die Frage der Vorflut deshalb im Abschlussbetriebsplan (ABP) regeln. Der ABP zum Tagebau Jänschwalde wird geteilt. Teilfläche 1 reicht von der Grenze zur LMBV im Süden bis etwas nördlich von Heinersbrück. Ein erster

Antrag wurde von Vattenfall 2009 eingereicht. Die Prüfung, ob kein Gemeinschaften entstehen kann (§ 55 BBergG Abs. 1 Nr.9; in diesem Fall v.a. durch Grundwasserwiederanstieg), führte zur Nachforderungen weiterer Unterlagen durch die Bergbehörde. Ein Gemeinschaften sei in der Rechtsprechung nicht klar definiert und daher immer im Einzelfall am Gemeinwohl zu messen. Auch die Veränderung der Geländehöhen im ABP der LMBV erfordere Anpassungen im Vattenfall-ABP. Eine Studie zur künftigen Vorflut liegt jetzt vor und wird derzeit durch das LUGV geprüft. Im Oktober 2012 werde der ABP 1 voraussichtlich neu eingereicht, das Beteiligungsverfahren werde Ende 2012 oder Anfang 2013 erfolgen.

Herr Stahlberg (Gemeinde Schenkendöbern) weist darauf hin, dass aus Sicht der Kommunen auch bei Beeinträchtigung privater Grundstücke und Landwirtschaft das Gemeinwohl betroffen ist.

Frau Breitenbach (LUGV): das Land zahlt den Betrieb des Schöpfwerkes nur im Hochwasserfall. Zur Sicherung von landwirtschaftlicher Nutzung o.ä. seien Drittmittel nötig (und Pumpen mit extra Zähler).

Frau Lerke (Ortsteil Briesnig) weist „nochmal mit Nachdruck darauf hin, dass die Wirkungen der Dichtwand geprüft werden.“ Es gäbe Wasserschäden an mehreren Grundstücken und auch bei der Erschwerung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung sei das Verursacherprinzip anzuwenden. (Das bedeutet, dass Vattenfall die Kosten tragen müsste, wenn der Wasserstau durch die Dichtwand verursacht sein sollte.)

Herr Neumann (LBGR) meint, das die Dichtwand „ich denke mal nicht das entscheidende“ ist.

Herr Nattke (Heinersbrück) und Herr Dabo (Jänschwalde) wollen Auskünfte, wie tief sich die beiden Ortslagen bereits gesenkt haben. Dazu Neumann (LBGR): Es gibt ein Leitnivelement um den Tagebau, man könne die Frage in der nächsten Sitzung am 21. Juni beantworten, das solle aber nicht der Regelfall werden.

Stand Regionales Entwicklungskonzept

Herr Sell (GL) informiert, dass der nächste Workshop zum REK am 7. Mai stattfindet.

Sonstiges: Bergschäden, Brauchwasser, Termine

Herr Dabo (Jänschwalde): Vor einem Jahr sei ein Bergschadensantrag zu Straßen im Ortsteil Jänschwalde-Dorf gestellt worden. Es liege noch keine Reaktion vor.

Herr Stodian (Ortsteil Gosda):

Die LMBV hat dem Ort Gosda die Brauchwasserversorgung zum 31. Mai gekündigt. Der Ortsbeirat wehrt sich dagegen.

Bei den Teichen in Klinge sei der Wasserstand vor einem Monat so gesunken, dass der Ortsbeirat intervenieren musste.

Die Interessengemeinschaft Klinger See hat mit der BTU einen Ideenwettbewerb initiiert. Am Vormittag des 1. Mai werden die studentischen Arbeiten im Dorf vorgestellt und ausgezeichnet.

Veränderung der Zusammensetzung des Arbeitskreises: Herr Neumann (LBGR) wechselt in das Dezernat Montanhydrologie, das LBGR wird künftig im Arbeitskreis durch Dr. Münch vertreten

René Schuster

GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus

Abkürzungen:

ABP	Abschlussbetriebsplan
BBergG	Bundesberggesetz
GL	Gemeinsame Landesplanungsabteilung;
LBGR	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe;
LMBV	Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft,
LUGV	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
TOP	Tagesordnungspunkt